ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

GELD ALLEIN MACHT NICHT GLÜCKLICH!

Mythen und Irrtümer zum Reichtum

luxemburg argumente

Die Welt ist reich. Laut «Global Wealth Report» der Schweizer Bank UBS summiert sich das globale Privatvermögen auf über 454 Billionen US-Dollar, das sind 454.000 Milliarden. Davon gehören 208 Billionen den Millionär*innen und Milliardär*innen dieser Welt. Das bedeutet: Fast die Hälfte des Weltvermögens gehört rund einem Prozent der Weltbevölkerung. Nicht nur global ist der Reichtum extrem ungleich verteilt. Auch in Deutschland, wo den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung etwa zwei Drittel des Gesamtvermögens gehören – und der ärmeren Hälfte der deutschen Haushalte ein kleiner Rest.

Wer reich ist, kann sich nicht nur viele schöne Dinge kaufen. Reiche gewinnen auch Zeit. Sie müssen nicht arbeiten gehen, sie leben nachweislich länger als Arme und sie haben über ihr Vermögen Zugriff auf die Lebenszeit anderer Menschen, die für sie arbeiten. Reichtum ist Freiheit, und er beschert seinen Eigentümer*innen auch politischen Einfluss.

All das ist bekannt – der Reichtum, seine ungleiche Verteilung und die Geldnot der Vielen. Regelmäßig wird Kritik an der Ungleichheit laut und die Forderung nach einer stärkeren Besteuerung großer Vermögen oder Erbschaften erhoben. Ebenso regelmäßig aber verstummen diese Proteste wieder. Insgesamt scheinen sich alle mit der Situation abgefunden zu haben. Warum ist das so?

Ein Grund dafür sind wirkmächtige Mythen und Behauptungen, die die Ungleichheit rechtfertigen und die Kritiker*innen beruhigen sollen. So wird gesagt, eigentlich lebten «wir Deutschen» ja alle in einem reichen Land und seien gegenüber vielen armen Regionen der Welt privilegiert. Kritiker*innen der Ungleichheit wird vorgeworfen, sie schürten nur Neiddebatten und übersähen, dass die Reichen ihre Vermögen ja erarbeitet hätten. Der Reichtum wird dafür gelobt, dass er Arbeitsplätze schaffe und damit Einkommen, weswegen man ihn schonen müsse, zum Wohle aller. Höhere Steuern würden die Vermögenden nur ins Ausland treiben. Und überhaupt nehme die Ungleichheit ja seit Jahren gar nicht mehr zu. Diese und andere Behauptungen sollen in der vorliegenden Broschüre geprüft werden.

INHALT

1 Deutschland ist ein reiches Land 2

2 Wer über Ungleichheit spricht, will eigentlich nur eine Neiddebatte 4

3 Reichtum macht doch gar nicht glücklich 5

4 Wer als reich gilt, gehört oft eigentlich nur zur Mittelschicht 7

5 Die Ungleichheit wächst doch gar nicht mehr 11

6 Wenn wir die Leistungsträger fördern, investieren sie mehr und alle haben etwas davon 15

7 Reiche haben ihren Reichtum auch verdient – durch ihre Leistung und ihre besondere Verantwortung 19

8 Deutschland ist ein Hochsteuerland 23

9 Höhere Steuern treiben die Leistungsträger ins Ausland 28

10 In unserer Gesellschaft kann jeder den sozialen Aufstieg schaffen 32

Schluss 35

1

DEUTSCHLAND IST EIN REICHES LAND

«Deutschland ist ein reiches Land.»
Volker Wissing auf dem FDP-Parteitag am 5.12.2021

Wie wird argumentiert?

Auch wenn die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland oft kritisiert werden, gibt es eigentlich Grund für Zufriedenheit und Zuversicht: Denn «in vielen Teilen der Wirtschaft und Gesellschaft ist unser Land weiterhin Spitze und wird von der Welt bewundert», weswegen «wir noch stolz auf Deutschland sein» können.[1]

Was ist dran?

Tatsächlich wird in Deutschland viel ökonomischer Reichtum produziert. Die Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) pro Jahr liegt ein Viertel höher als in Großbritannien und ist doppelt so hoch wie in Italien. Auch das BIP pro Kopf der Bevölkerung ist deutlich höher als in anderen großen Ökonomien wie Frankreich oder Großbritannien. Allein das deutsche Geldvermögen beläuft sich auf 7.250 Milliarden Euro.[2] Ein Durchschnittshaushalt verfügt hierzulande über ein Gesamtvermögen von über 316.500 Euro netto (Schulden bereits abgezogen).[3]

2

«Deutschland» ist also ziemlich reich. Die entscheidende Frage aber ist: Wem gehört dieser Reichtum? «Uns» nämlich nicht. Was in Deutschland (und andernorts) an Geld verdient und gespart wird, ist kein gemeinschaftlicher Reichtum, sondern bereits verteilt. Und zwar sehr ungleich. Dem reichsten einen Prozent der Bevölkerung gehört über ein Drittel des Gesamtvermögens. Den reichsten fünf Prozent gehört rund die Hälfte und den reichsten zehn Prozent gehören zwei Drittel des Gesamtvermögens, so hat es das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) errechnet.[4] Die ärmere Hälfte der deutschen Haushalte dagegen verfügt laut DIW nur über ein halbes Pro-

1 Rheinische Post, 5.9.2023. **2** Deka Bank: Das Geldvermögen der Deutschen in Zeiten der Geldentwertung. Volkswirtschaft Spezial, 11.9.2023. **3** Deutsche Bundesbank: Monatsbericht 4/2023. **4** DIW-Wochenbericht 29/2020.

zent – und sie besitzt damit weniger als die beiden reichsten Deutschen, Klaus-Michael Kühne (Kühne + Nagel) und Dieter Schwarz (Lidl). Etwas weniger ungleich als die Vermögen sind die Einkommen verteilt. Hier fahren die reichsten zehn Prozent etwa ein Drittel ein.

Das zeigt: Zwar wird ständig von «unserer Wirtschaft», «unserem Wohlstand» oder «unserem Bruttoinlandsprodukt» gesprochen. Doch diese große Gemeinschaft der Reichen und Armen gibt es nicht. Das wird an den wiederkehrenden Warnungen, «unser Wohlstand» sei «bedroht», besonders deutlich:[5] Regelmäßig wird dabei der Sozialstaat als Belastung für die Wirtschaft ins Feld geführt, wobei «die Wirtschaft» mit «den Unternehmen» gleichgesetzt wird. Eine Bedrohung der Wirtschaft stellt dann alles dar, was die Unternehmen stört, zum Beispiel Sozialabgaben, ordentliche Löhne oder Kapitalsteuern. Vor all dem sollen die Unternehmen geschützt werden.

Und wem gehören die? Genau – den Reichen. «Anteilsrechte [an Unternehmen] und Betriebsvermögen befinden sich fast ausschließlich im Besitz der oberen zehn Prozent der Verteilung.»[6] Insbesondere beim Vermögen der deutschen Millionär*innen «dominieren Anlageformen, die auf die Generierung von Erträgen [Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und Gewerbebetrieb] abzielen».[7] Sprich: Die höchsten Einkommen in einer kapitalistischen Gesellschaft basieren auf Unternehmensgewinnen. Und die größten Vermögen beruhen auf Unternehmensbesitz. Jede Senkung von Unternehmensteuern kommt daher vorrangig den Reichen zugute.

Kurz: Ja, Deutschland ist ein reiches Land mit einer starken Wirtschaft. «Unsere Wirtschaft» gehört jedoch im Wesentlichen den Wohlhabenden. Die Mehrheit der Bevölkerung sollte daher nicht «stolz» auf sie sein, sondern ihren gerechten Anteil fordern.

5 CDU/CSU: Deutschlands Wohlstand ist bedroht, www.cducsu.de, 31.8.2023. **6** Bundesbank Monatsbericht Juli 2022. **7** DIW-Wochenbericht 29/2020.

2

WER ÜBER UNGLEICHHEIT SPRICHT, WILL EIGENTLICH NUR EINE NEIDDEBATTE

«In wirtschaftlich schwierigen Zeiten werden – insbesondere von Linken – oft Steuererhöhungsforderungen laut. Indirekt geht es dabei auch um gesellschaftspolitische Ziele und Neiddebatten.»
FDP-Broschüre «Faire Steuern für Paare», Juli 2023

Wie wird argumentiert?

Zwar berufen sich Kritiker*innen der Ungleichheit auf Gerechtigkeit, tatsächlich aber fördern sie mit ihrem Verweis auf die Reichen nur den Neid der anderen. Die Behauptung, dass die Vermögensungleichheit stetig steigt, kann «unnötige Sorgen in der Bevölkerung wecken oder zu einer Neiddebatte und damit zur gesellschaftlichen Spaltung beitragen», klagt zum Beispiel das arbeitgeberfinanzierte Institut der deutschen Wirtschaft (IW).[8] Das Argument wird auch in anderen Debatten angeführt, beispielsweise bei der Forderung, Beamt*innen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Dagegen wehrt sich der Deutsche Beamtenbund (DBB) und dringt auf «ein Ende der ewigen Neiddebatte um die Alterssicherung».[9]

Was ist dran?

Neid ist in der Bibel eine der sieben Todsünden. Denn neidische Menschen leiden an dem Glück anderer. Sie sind missgünstig. Der Vorwurf «Ihr seid ja bloß neidisch!» ist der Versuch, eine Debatte über Ungleichheit unmöglich zu machen, indem man die Gegenseite ins moralische Abseits stellt. Das Problem wird also von der Sache verschoben hin zu denen, die die Sache kritisieren. Gleichzeitig werden aus den Reichen die eigentlichen Opfer gemacht, denen unrecht angetan wird. Mit der Klage «Neiddebatte!» wird die Existenz von Privilegien zuerst zugegeben und dann der Kritik entzogen.

8 IW: Die Mär von der stetig steigenden Vermögensungleichheit, Pressemitteilung vom 17.12.2019. **9** DBB NRW fordert das Ende der Neiddebatte, Pressemitteilung vom 27.3.2020.

Es ist nicht auszuschließen, dass die Reichen zuweilen beneidet werden – warum auch nicht? Doch wer die gesellschaftliche Ungleichheit kritisiert, will weder, dass alle Reichen arm werden, noch, dass alle Armen Jachten und Privatjets bekommen. Sondern bloß, dass der Reichtum der Reichen etwas gerechter verteilt wird.

3

REICHTUM MACHT DOCH GAR NICHT GLÜCKLICH

«Wie viel Geld macht glücklich? Einfach immer nur mehr Geld ist es jedenfalls nicht.»
Magazin *Focus*[10]

Wie wird argumentiert?

Geld allein macht nicht glücklich, lautet eine Volksweisheit – und immer mehr Geld daher auch nicht glücklicher. Letzteres erlangte sogar den Status einer wissenschaftlichen Erkenntnis: In den Jahren 2008 und 2009 befragten die US-Nobelpreisträger Daniel Kahneman und Angus Deaton Einwohner*innen der USA nach ihrem «emotionalen Wohlbefinden» und ihrem Einkommen. Ergebnis: Mit dem Einkommen steigt zwar das Wohlbefinden, allerdings nur bis zu einer bestimmten Grenze. Ab einem Jahreseinkommen von umgerechnet 58.000 Euro beschert mehr Einkommen nicht mehr Lebensglück. Im Umkehrschluss bedeutet das: Reiche haben es gar nicht so gut, wie man immer denkt.

5

Was ist dran?

Wenig.

1. Bei Umfragen zu subjektiven Selbsteinschätzungen ist immer Vorsicht geboten. Denn sie spiegeln eine «Objektivität der Subjektivität» vor, so der Philosoph Oliver Schlaudt.[11] Die Ergebnisse solcher Umfragen sind daher äußerst anfällig für Fehlin-

10 Forscher errechnen ideale Summe: Wie viel Gehalt wirklich glücklich macht, www.focus.de, 25.6.2022. **11** Oliver Schlaudt: Was ist Glück?, in: ders.: Die politischen Zahlen, Frankfurt a. M. 2018, S. 84 ff.

terpretationen. Wenn ein armer Mensch und ein Millionär sich das gleiche «Glücksquantum» zuschreiben, ist völlig unklar, was daraus eigentlich folgt. Dass man dem Millionär seine Millionen auch wegnehmen könnte? Oder dass man sich um Armut nicht kümmern muss, solange die Armen ganz zufrieden sind?

2. Der Volksmund weiß auch: Geld allein macht nicht glücklich, aber es beruhigt. Geld schafft Sicherheit. Und Sicherheit schafft Planbarkeit und Kontrolle über das eigene Leben. Während Unsicherheit eine Quelle von Unglück, Stress, Sorgen und Zeitmangel ist. «Gesellschaften funktionieren am besten mit einer gut ausgebauten Nahversorgung und Daseinsvorsorge, die allen zur Verfügung steht», schreibt der Soziologe Klaus Dörre.[12] Und hier setzt die Politik an – nicht beim Glück der Einzelnen, sondern bei der Schaffung guter Voraussetzungen für alle: öffentliche Daseinsvorsorge, Sozialleistungen, Infrastruktur, Schwimmbäder, Parks und so weiter. Das kostet Geld. Die Reichen haben es.

3. US-Nobelpreisträger Kahneman hat seine ursprüngliche Aussage bereits wieder verworfen. In einer neuen, verbesserten Studie[13] kam er zu dem Ergebnis: Die meisten Menschen macht ein höheres Einkommen auch glücklicher. Die Ausnahme bilden jene, die wohlhabend, aber unglücklich sind. «Wer reich und unzufrieden ist, dem hilft auch mehr Geld nicht aus seinem Elend.»[14] Das stimmt nicht nur für die USA, sondern auch für Deutschland, wo die Millionär*innen deutlich zufriedener sind als die Menschen in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung.[15]

12 Klaus Dörre: Grün als Bedrohung: Warum die Klimapolitik die Arbeiter verliert, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2023. **13** Matthew A. Killingsworth, Daniel Kahneman und Barbara Mellers: Income and emotional well-being: A conflict resolved, www.pnas.org, 7.3.2023. **14** Süddeutsche Zeitung, 15.3.2023. **15** DIW-Wochenbericht 29/2020.

4

WER ALS REICH GILT, GEHÖRT OFT EIGENTLICH NUR ZUR MITTELSCHICHT

«Also ich würde mich zu der gehobenen Mittelschicht zählen.»
Friedrich Merz, CDU, in der *Bild*-Zeitung, 14.11.2018

Wie wird argumentiert?

Zum einen sehen sich viele sehr wohlhabende Menschen als Teil der Mittelschicht. So wie Friedrich Merz. Zur Oberschicht zähle er «mit Sicherheit nicht», sagte Merz, der laut eigenen Angaben 2018 über ein Privatflugzeug und ein Vermögen von mehr als einer Million Euro verfügte.

Zum anderen wird kritisiert, dass man in Deutschland bereits ab relativ geringen Summen als reich gilt. «In der amtlichen Statistik gilt üblicherweise als relativ einkommensreich, wer das Doppelte des Medianeinkommens monatlich zur Verfügung hat. Als Single zählte man demnach schon ab einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.892 Euro zu den reichsten sieben Prozent der Bevölkerung. Tatsächlich glauben aber viele, dass erst bei deutlich höherem Einkommen von Reichtum gesprochen werden kann – die Schätzungen liegen meist zwischen 7.000 und 10.000 Euro netto im Monat.»[16] Sprich: Die meisten «Reichen» sind gar nicht so reich, sondern eher Teil der Mitte.

7

Was ist dran?

1. Reichtum ist relativ

Es stimmt, Reichtum ist eine Frage der Definition. Weltweit gängig ist es, Personen als wohlhabend oder reich zu bezeichnen, deren Einkommen oder Vermögen[17] mehr als doppelt so hoch ist wie das mittlere Einkommen oder Vermögen in einer Gesell-

16 Judith Niehues und Maximilian Stockhausen: Reichtum: Wer zur Oberschicht gehört, Pressemitteilung des IW vom 6.7.2020. **17** Beim Vermögen handelt es sich um eine sogenannte Bestandsgröße. Es bezeichnet eine Geld- oder Wertsumme, die eine Person besitzt, beispielsweise 10.000 Euro auf dem Sparkonto, eine Immobilie oder eine Lebensversicherung. Beim Einkommen wiederum handelt es sich um eine sogenannte Flussgröße: Es bezeichnet Geldsummen, die einer Person monatlich oder jährlich zufließen. Lohn und Gehalt sind Arbeitseinkommen; Zinsen, Dividenden oder Mieteinnahmen sind Vermögenseinkommen.

schaft. Bei Reichtum handelt sich also um eine relative Größe: Ob jemand reich ist, bemisst sich nicht an Jachten, Privatjets oder Penthouses, sondern daran, dass diese Person viel mehr hat als die anderen – eben mindestens mehr als das Doppelte.
So kommt es, dass ein Single in Deutschland bereits ab rund 3.900 Euro netto im Monat zu den einkommensreichsten zehn Prozent der Gesamtbevölkerung gehört. Für ein Paar ohne Kinder liegt die Grenze bei einem gemeinsamen Haushaltsnettoeinkommen von rund 5.800 Euro und für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei rund 8.100 Euro im Monat. Zu den Top-5-Prozent gehört eine Alleinstehende mit etwa 4.500 Euro netto pro Monat und eine vierköpfige Familie mit fast 10.000 Euro netto.[18] Anstatt das Einkommen als Indikator für Reichtum heranzuziehen, kann auch das Vermögen betrachtet werden. Hier gilt, dass man ab rund 477.000 Euro zu den Reichsten Deutschlands gehört.[19]

2. Reichtum ist ein Verteilungsmaß

Nun könnte man auch eine andere Definition für Reichtum zugrunde legen, beispielsweise ein Vermögen von mindestens einer Million Euro oder ein Pool mit 50-Meter-Bahn oder ein Nettoeinkommen von mindestens 100.000 Euro pro Person und Jahr. Dann gäbe es sehr viel weniger Reiche in Deutschland und eine entsprechend größere Mittelschicht, was gleich viel schöner klingt.
Es ist aber absolut sachgerecht, Reichtum nicht als feste Geldsumme zu definieren, sondern als Abstand zum Rest der Gesellschaft. Denn ob jemand reich ist oder nicht, misst sich vernünftigerweise an einem Normaleinkommen – also an dem Einkommen, das in einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt üblich ist. Andernfalls könnte man gerade so gut behaupten, BMW-Großaktionärin Susanne Klatten sei gar nicht reich, weil sie mit 25 Milliarden Euro nur ein Zehntel so viel hat wie Tesla-Gründer Elon Musk.
Sinnvoll für die Reichtumsmessung ist nur der Bezug aktueller Einkommen oder Vermögen auf das, was eine Gesellschaft aktuell produziert. Wenn eine Person relativ große Anteile an den gesellschaftlich produzierten Gütern und Geldern erhält, ist sie

18 Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (IWD): Reichtum: Wer zur Oberschicht gehört, 17.5.2023. **19** Stuttgarter Zeitung, 10.7.2023.

reich – ganz unabhängig davon, ob sie Jachten hat oder nicht. Die Begriffe Reichtum und Armut sagen etwas darüber aus, wie der gesellschaftliche Wohlstand verteilt ist. Sie sind Verteilungsmaße.

Über die genauen Abgrenzungen lässt sich natürlich streiten. Gänzlich unberechtigt ist der Einwand nicht, bei 3.900 Euro netto pro Monat für einen Single oder 8.100 Euro für einen Vier-Personen-Haushalt liege noch kein Reichtum vor. «Wirklich Reiche mit Millioneneinkommen pro Jahr freuen sich natürlich, wenn einigermaßen gut Verdienende sich selbst als ‹reich› sehen (würden) und z. B. Parteien wählen, die ganz besonders die Interessen der Reichen vertreten», schreiben die Statistiker Gerhart Bäcker und Ernst Kistler.[20] «Analytisch sollte sich die Reichtumsforschung (und Politik) aber wohl eher auf den engeren Kreis der wirklich Reichen konzentrieren.» Ähnlich argumentiert der Ungleichheitsforscher Markus Grabka vom DIW. Er geht davon aus, dass eine Person reich ist, wenn sie aus den Kapitalerträgen einen durchschnittlichen Lebensstandard finanzieren kann und dabei der Wert des Vermögens real konstant bleibt. Der Schwellenwert liege derzeit bei rund einer Million Euro Nettovermögen.

Zu bedenken ist allerdings: 3.900 Euro mag für manche wenig beeindruckend sein, normal ist so ein Einkommen aber auch nicht. Lediglich 7,7 Prozent der deutschen Bevölkerung liegen über dieser Schwelle. Das heißt: Dass man als Single bereits ab 3.900 Euro als einkommensreich gilt, zeigt nicht, wie arm die Reichen wirklich sind, sondern wie wenig Geld die Masse der Bevölkerung hat.

3. Reiche mit schlechter Selbsteinschätzung

Dass sich Friedrich Merz nicht für reich hält, obwohl er es ist, ist übrigens keine Ausnahme. Politiker*innen zählen sich immer gern zur Mitte, wahrscheinlich, weil sie sich davon mehr Volksnähe versprechen. Darüber hinaus zeigte eine Umfrage der Universität Konstanz,[21] dass sich die einkommensstärksten zehn Prozent der Personen im Durchschnitt immer zur (oberen) Mittelschicht zählen. Erklärt wird dies oft damit, dass sich Reiche gern mit anderen Reichen umgeben. Dadurch unterschätzen

20 Gerhart Bäcker und Ernst Kistler: Verteilung von Armut + Reichtum: Messverfahren, www.bpb.de, 6.1.2021.

sie ihren Wohlstand. Oder anders: Sie unterschätzen, wie arm der Rest der Gesellschaft ist.

Und falls sich noch jemand fragt, ob es überhaupt wirklich Reiche in Deutschland gibt: Es gibt sie. Der Finanzdienstleister Bloomberg zählte Ende September 2023 insgesamt 23 deutsche Milliardär*innen mit einem Gesamtvermögen von rund 300 Milliarden US-Dollar.[22] Und laut «Global Wealth Report 2023»[23] der Schweizer Bank UBS lebten 2022 hierzulande 2,63 Millionen Menschen mit einem Vermögen von über einer Million US-Dollar. Damit steht Deutschland weltweit an fünfter Stelle, hinter den USA, China, Frankreich und Japan.

5

DIE UNGLEICHHEIT WÄCHST DOCH GAR NICHT MEHR

«Seit 2015 sinkt der sogenannte Gini-Koeffizient, der die Verteilung der Vermögen innerhalb einer Gesellschaft misst.» 11
Handelsblatt, 23.6.2021

Wie wird argumentiert?

Dass die soziale Schere immer weiter auseinandergeht, stimmt nicht. Vielmehr ist die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung seit einigen Jahren rückläufig. Das Gleiche gilt für die Einkommen. Der Gini-Koeffizient[24] lag 2022 niedriger als 2010. Außerdem wird darauf verwiesen, dass die Ungleichheit in Deutschland weniger stark ausgeprägt ist als in anderen Ländern, beispielsweise in den USA. «Zu dem Bild einer immer weiter auseinanderdriftenden Schere zwischen Arm und Reich, das im Wahlkampf so gern bemüht wird, mag das nicht passen», gibt zum Beispiel das *Handelsblatt* zu bedenken.[25]

21 Luna Bellani et al.: When everyone thinks they're middle-class, Universität Konstanz, Policy Paper 6/2021. **22** Bloomberg Billionaires Index, www.bloomberg.com/billionaires. **23** UBS: Global Wealth Report 2023. **24** Der Gini-Index oder -Koeffizient ist ein statistisches Maß, das zur Darstellung von Ungleichverteilungen verwendet wird. Er kann einen Wert zwischen 0 und 100 Punkten annehmen. Ein Wert von 0 bedeutet absolute Gleichheit (alle haben gleich viel), ein Wert von 100 absolute Ungleichheit (eine Person hat alles). **25** Handelsblatt, 23.6.2021.

VORSICHT
BEI EIN- UND AUSSTIEG!

Was ist dran?

1. Es ist fraglich, ob die Ungleichheit in der jüngsten Vergangenheit tatsächlich gesunken ist – jüngere Untersuchungen legen nahe, dass die Ungleichheit bei den Einkommen zuletzt gestiegen ist.[26] Die Datenlage ist also unklar. Angaben zu Vermögen und Einkommen basieren vielfach auf Umfragen, an denen sehr reiche Haushalte relativ selten teilnehmen. Daher ist davon auszugehen, dass das Ausmaß der Ungleichheit unterschätzt wird und die Reichen reicher sind als allgemein angenommen. «Wenn man die Betriebsvermögen nach internationalen Standards bemisst und zudem für die Immobilienpreise die aktuelleren Zahlen der Bundesbank verwendet, dann ist Deutschland gut 4.000 Milliarden Euro reicher als gedacht», heißt es auf Spiegel Online mit Bezug auf eine Studie der Vermögensforscher Moritz Schularick, Thilo Albers und Charlotte Bartels.[27] Die Betriebsvermögen gehören im Wesentlichen den oberen zehn Prozent, die Immobilien den oberen 50 Prozent auf der Verteilungsskala. «Ob die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, ließ sich demnach etwa nicht sicher sagen. Die Datenlage sei nicht solide», so Spiegel Online weiter.[28]

2. Die Ungleichheit mag vielleicht in letzter Zeit abgenommen haben – in den Jahren und Jahrzehnten davor ist sie aber auch stark gestiegen. Laut World Inequality Database (WID)[29] erhöhte sich der Anteil der reichsten zehn Prozent am Gesamteinkommen in Deutschland zwischen 1991 und 2018 von 29 auf 38 Prozent. Der Anteil der ärmeren Hälfte der Deutschen schrumpfte dagegen von 22 auf 18 Prozent. Das Gleiche gilt für die Verteilung der Vermögen: Zwar hat sich hier die Ungleichheit in den letzten Jahren laut WID nicht weiter verschärft. Dennoch lag der Anteil der ärmeren Hälfte am Gesamtvermögen 2018 deutlich unter dem Wert von 1993. Die reichsten zehn Prozent hingegen konnten ihren Anteil am Kuchen von 53 auf fast 60 Prozent ausbauen. Laut «Global Wealth Report» der Bank Credit Suisse von 2023 ist Deutschland das einzige Land in der Spitzengruppe aller reichen Länder, in dem der Anteil des

26 WSI-Verteilungsbericht 2023. **27** «Deutschland ist erheblich reicher, als die Statistiken zeigen», Spiegel Online, 2.8.2022. **28** Ebd. **29** World Inequality Database: Income inequality, Germany, 1980–2019, https://wid.world/country/germany.

reichsten einen Prozents am Gesamtvermögen seit dem Jahr 2000 gestiegen ist.

3. Auch wenn die Ungleichheit sinkt, so ist das per se kein Grund für Entwarnung. Denn was zählt, ist nicht die Bewegung, sondern der Zustand, also wie ausgeprägt die Ungleichheit ist. Es mag erfreulich sein, wenn die Bundesbank berichtet, dass sich der Anteil der vermögensärmeren Hälfte der deutschen Haushalte am Gesamtvermögen seit 2009 von 0,2 Prozent auf über 1,2 Prozent erhöht hat.[30] Im Klartext aber heißt das: Die Armen haben mehr – aber weiterhin fast nichts. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte – zu denen man ab einem Nettovermögen von ungefähr 280.000 Euro gehört – nannten dagegen laut Bundesbank rund 61 Prozent des Gesamtvermögens ihr Eigentum. Das reichste eine Prozent – also mit mindestens 1,3 Millionen Euro – besaß knapp 28 Prozent. Andere Berechnungen kommen auf eine noch stärkere Vermögenskonzentration (siehe Mythos 1).

4. Ungleichheit wird nicht akzeptabler, nur weil sie andernorts noch größer ist. Es ist zwar richtig, dass dem reichsten einen Prozent der Bevölkerung in den USA 34 Prozent des Gesamtvermögens gehört und in Deutschland nur 30 Prozent. Doch ist Letzteres ein Skandal für sich. Zudem sei darauf hingewiesen, dass in Ländern wie Japan, Kanada oder in den großen europäischen Staaten wie Frankreich oder Großbritannien der Anteil des reichsten einen Prozents der Bevölkerung nur bei 19 bis 24 Prozent liegt.[31]

5. Ungleichheit lässt nicht durch den Hinweis entschuldigen, auch die Armen hätten ja mehr als früher. Das mag zwar zutreffen. Gerechtigkeit ist aber keine bloße Frage von Geldsummen, sondern bemisst sich an der Verteilung des Wohlstands, also an den Verhältnissen zwischen oben und unten (siehe Mythos 4).

30 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht 7/2022. **31** UBS: Global Wealth Report 2023.

6

WENN WIR DIE LEISTUNGSTRÄGER FÖRDERN, INVESTIEREN SIE MEHR UND ALLE HABEN ETWAS DAVON

«Lasst die Reichen doch reich sein!»
Die Welt, 17.1.2018

Wie wird argumentiert?

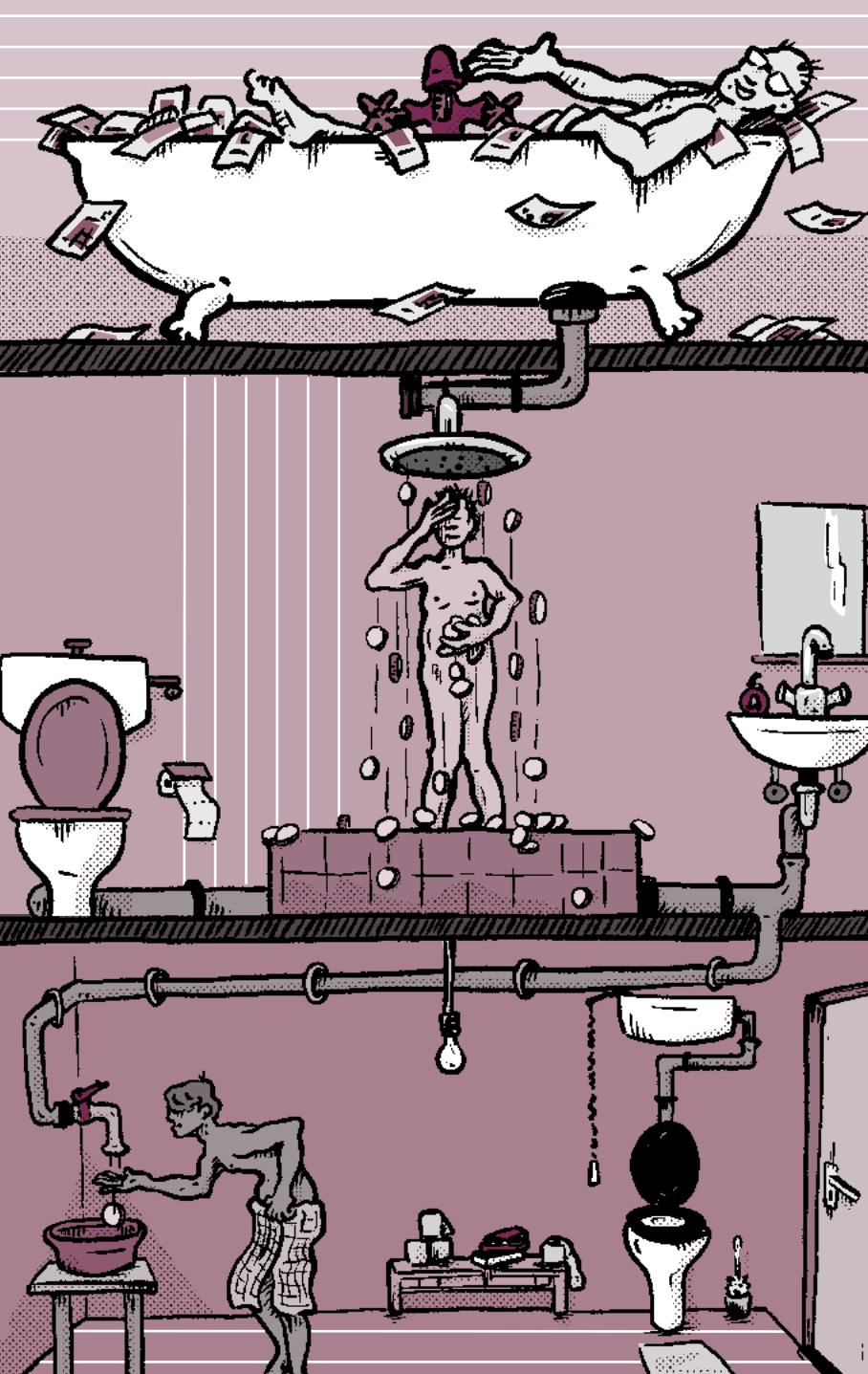
Es mag Reiche in Deutschland geben. Aber sie sorgen durch Investitionen auch dafür, dass Arbeitsplätze und Einkommen entstehen, dass die Wirtschaftsleistung wächst und damit der allgemeine Wohlstand. «Was ist schlimm daran, dass die Reichen reicher werden, wenn auch Otto Normalverbraucher nachweislich mehr verdient?», fragt zum Beispiel die *Welt.*[32]

In diesem Sinne ist es auch geboten, die Reichen (und ihre Unternehmen) steuerlich zu entlasten. Dies erhöht zwar kurzfristig die Ungleichheit. Langfristig aber bleibt den Wohlhabenden damit mehr Geld zum Investieren, sie schaffen mehr Jobs und Einkommen – und davon haben letztlich alle etwas. «Damit Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt», sei es «sinnvoll, den Körperschaftsteuersatz auf ein international attraktives und damit wettbewerbsfähiges Niveau zu senken», sagt Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP).[33] Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz begründete im Oktober 2023 seinen Vorschlag, Unternehmen steuerlich zu begünstigen, ganz ähnlich: «Natürlich werden wettbewerbsfähige Unternehmensteuern auch zu mehr Wachstum und damit zu mehr Einnahmen führen.»[34]

Was ist dran?

Dass der Reichtum der Reichen letztlich auch den Ärmeren nützt, ist bekannt als «Trickle-down-Effekt» – das Geld «sickert» («to trickle») quasi von oben nach unten durch. Korrekt daran ist: Das Wirtschaftswachstum ist tatsächlich abhängig davon, dass es Personen gibt, die Geld nicht für ihren Konsum aus-

32 Die Welt, 17.1.2018. **33** Christian Lindner: Finanzpolitische Zeitenwende, in: Wirtschaftsdienst 8/2023. **34** Die Welt, 5.10.2023.



geben, sondern für Investitionen, beispielsweise in ein Unternehmen, in Maschinen und Arbeitsplätze. Damit schaffen sie Einkommen bei Zulieferern und ihren Angestellten – und damit wiederum Steuereinnahmen für den Staat und «Innovationen». Nun zu den Einwänden:

1. Das gefeierte «Schaffen» von Arbeitsplätzen ist keine Dienstleistung der Geldgeber für die lohnabhängigen Menschen oder die Gesellschaft. Investor*innen stecken ihr Geld in Unternehmen, um reicher zu werden, um einen Profit zu erhalten, um ihr Vermögen zu vergrößern. Die Arbeitsplätze sind dafür ein Mittel – und nur dafür. Sobald ein Betrieb keinen Gewinn mehr macht, sobald er absehbar nicht mehr der Vergrößerung des Vermögens der Geldgeber dient, verschwindet er, und damit verschwinden auch die Arbeitsplätze.

2. Neues Vermögen entsteht für Investor*innen, wenn der Betrieb Gewinn macht – wenn also die Beschäftigten mehr leisten als sie kosten. Dass Investitionen Arbeitsplätze schaffen, lässt sich also ebenso gut umdrehen: Die Arbeitsplätze schaffen den Reichtum, der investiert werden kann. Wenn von oben nach unten umverteilt wird, könnte man also auch von «Rückverteilung» sprechen.[35]

3. Wenn die Unternehmensteuern sinken, haben nicht «die Unternehmen» etwas davon, sondern zunächst die Wohlhabenden. Denn: «Die höchsten Einkommen in einer kapitalistischen Gesellschaft basieren auf Unternehmensgewinnen. Und die größten Vermögen beruhen auf Unternehmensbesitz. Jede Senkung von Unternehmensteuern kommt daher vorrangig den Reichen zugute», argumentieren die Ökonomen Patrick Schreiner und Kai Eicker-Wolf.[36]

4. Die Reichen investieren ihr Vermögen, um reicher zu werden, woraus Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen entstehen. Ihr Reicher-Werden ist also die notwendige Bedingung für Wachstum und Arbeitsplätze. Es ist aber keine hinreichende Bedingung – wenn die Wohlhabenden profitieren,

35 Axel Troost und Rainald Ötsch: Reichtum rückverteilen, RLS-Papers, Dezember 2020. **36** Patrick Schreiner und Kai Eicker-Wolf: Wirtschaftsmärchen, Köln 2023.

profitieren alle anderen nicht automatisch mit. Wäre dem so, dann bliebe es ein Rätsel, warum Politik und Institutionen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds ein «inklusives Wirtschaftswachstum» fordern, also ein Wachstum, von dem alle etwas haben. Solch ein Wachstum ist eben nicht selbstverständlich.

Ebenso wenig trifft die Annahme zu, das Wachstum wäre stärker, wenn man die Reichen steuerlich entlastet und ihnen viel von ihrem Reichtum lässt, damit sie mehr investieren können. Eher ist es umgekehrt: Empirische Daten legen nahe, dass tendenziell gleichere Gesellschaften ein höheres und stabileres Wirtschaftswachstum erzielen.[37] Ungleichheit ist mithin tendenziell ein Wachstumshemmnis, Gleichheit dagegen ein Wachstumsmotor: «Ein wachsender Einkommensanteil der Armen und der Mittelklasse erhöht die Wachstumsraten, während ein wachsender Einkommensanteil der reicheren 20 Prozent zu geringerem Wachstum führt», so der Internationale Währungsfonds, «was bedeutet: Wenn die Reichen reicher werden, sickern die Erträge nicht nach unten.»[38]

Eine Studie der London School of Economics kommt zu dem Schluss: «Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die Perioden mit den höchsten Steuerbelastungen für die Reichen auch die Perioden mit hohen Wachstumsraten und geringer Arbeitslosigkeit waren.» 50 Jahre Steuersenkungen für die Reichen hätten vor allem einer Gruppe genützt: den Reichen.[39]

Zunehmend unbezahlbare Mieten, steigende Preise für Energie und Lebensmittel oder höhere Kreditzinsen sind daneben Beispiele dafür, wie Renditeforderungen der Unternehmen viele Menschen überfordern – wie also der private Reichtum nicht der Gesellschaft nutzt, sondern zu einer gesellschaftlichen Last wird. Aus solchen Entwicklungen resultiert das Bedürfnis nach Vergesellschaftung von Betrieben.

37 OECD: Focus on Inequality and Growth, Paris 2014; Stefan Bach: Warum hohe Steuern der Wirtschaft nicht schaden müssen, Spiegel Online, 29.8.2016. **38** Internationaler Währungsfonds (IWF): Causes and consequences of Income Inequality: A Global Perspective. IMF Discussion Note, Juni 2015. **39** David Hope: Tax cuts for the wealthy only benefit the rich: debunking trickle-down economics, www.lse.ac.uk, 24.1.2023.

7

REICHE HABEN IHREN REICHTUM AUCH VERDIENT – DURCH IHRE LEISTUNG UND IHRE BESONDERE VERANTWORTUNG

«Der Sachverständigenrat für Wirtschaft will die Steuern für Leistungsträger erhöhen, um die Energiekrise zu bewältigen. Ein absurder Vorschlag.»
Wirtschaftswoche, 9.11.2022

Wie wird argumentiert?

Forderungen nach Umverteilung von oben nach unten sind nicht gerecht. Denn gerade die Wohlhabenderen sind die Leistungsträger der Gesellschaft. Sie haben zwar mehr Geld als andere. Aber das haben sie sich auch verdient – durch besondere Leistung, durch kluge Geschäftsideen, durch die Übernahme von Verantwortung für Betriebe und Belegschaften oder dadurch, dass sie unternehmerische Risiken eingegangen sind. Ihr Wohlstand ist «Ergebnis ihrer Schaffenskraft», so Finanzminister Christian Lindner.[40] Umverteilung von oben nach unten bestraft daher Leistung und widerspricht der Leistungsgerechtigkeit.

Was ist dran?

Die Vertreter*innen der Leistungsgerechtigkeit ziehen einen kühnen Rückschluss: vom Einkommen oder vom Vermögen einer Person auf eine zuvor erbrachte (Arbeits-)Leistung nach dem Muster: Was man verdient, hat man auch verdient – wer viel hat, hat viel geleistet, und wer wenig hat, hat wenig geleistet. Es handelt sich hier um die zentrale Legitimation für Ungleichheit in einer Gesellschaft. Dagegen seien sieben Einwände vorgebracht:

1. Erbschaft: Viele der Reichen in Deutschland haben ihr Vermögen schlicht geerbt. Offensichtlich besteht also kein notwendiger Zusammenhang zwischen Wohlstand und Leistung.

40 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.8.2023.

2. Leistung: Das Einkommen einer Person und das aus diesem Einkommen angesparte Vermögen sind Spiegel der Leistung – diese Aussage eröffnet die Frage: Wie kann man Leistung überhaupt messen? Wann hat jemand viel geleistet und erhält daher auch mehr Geld? Wenn eine Person besonders lange arbeitet? Kaum. Lässt sich Leistung daran messen, wie hart und anstrengend die Arbeit ist? Auch nicht – gerade körperlich anstrengende Tätigkeiten werden oft schlecht bezahlt. Oder wie gesellschaftlich bedeutsam eine Arbeit ist? Das ist nicht zu beziffern. Was ist gesellschaftlich bedeutsamer, eine Postbotin oder ein Förster? Warum hat ein Aktienspekulant so viel mehr als ein Krankenpfleger? Wer leistet mehr, ein Mensch, der Bilanzen liest, oder ein Mensch, der ein Auto montiert? Die naheliegende Antwort: «Das lässt sich nicht sagen, das sind verschiedene Tätigkeiten, Äpfel und Birnen kann man nicht addieren.»

3. Produktivität: Leistung bemisst sich nicht an der Dauer der Tätigkeit oder ihrem Inhalt, lautet ein Argument, sondern an ihrer Produktivität. Wer mehr Geld verdient, sei eben produktiver gewesen, habe also pro Minute mehr geleistet. Ist das so? Der Vorstand eines Unternehmens aus dem Deutschen Aktienindex verdient im Durchschnitt 38-mal mehr als ein Arbeitnehmer seines Betriebs[41] – weil er 38-mal produktiver ist? Hier tut sich das gleiche Problem auf wie bei der Leistung: Wie misst man Produktivität? Das geht gerade noch bei gleichen Tätigkeiten: Person A baut ein Regal in zwei Stunden auf, Person B braucht nur eine Stunde und war daher produktiver. Schwieriger wird das schon bei der Krankenpflege: Wer den Patienten in fünf Minuten abfertigt, mag zwar schneller gewesen sein als jemand, der sich zehn Minuten Zeit nimmt. Aber hat er auch mehr geleistet? Vollends unmöglich wird der Vergleich bei unterschiedlichen Tätigkeiten wie Geburtshilfe und Autobau. Es fehlt schlicht der gemeinsame Maßstab für ihre Leistung oder Produktivität.

4. Markterfolg: Ökonom*innen behaupten dennoch, sie könnten die Produktivität von Personen messen. Dafür greifen sie zu einem Trick: Sie teilen beispielsweise den Gewinn oder Umsatz eines Unternehmens durch die Anzahl der Mitarbeiter*innen.

41 Dax-Chefs verdienen weniger, www.tagesschau.de, 14.8.2023.

1.000 Euro Gewinn bei zehn Mitarbeiter*innen – das macht 100 Euro Produktivität pro Mitarbeiter*in.

Das erste Problem dabei: So kann man die Gehaltsunterschiede innerhalb der Betriebe nicht erklären – warum verdienen dort einige viel und andere wenig? Schließlich ist ein Produkt immer das Ergebnis der Kooperation vieler. Zum Bau eines Autos braucht es alle: Elektroniker, Karosseriebauerin, Sekretärin und auch die Reinigungskraft. Alle haben mitgewirkt – eine Gewichtung der Beiträge der Einzelnen zum Endergebnis ist nicht möglich. Dieses Argument gilt auch gesamtwirtschaftlich: Die Arbeitenden in der Autofabrik sind abhängig von der Arbeit der Zulieferer, der Energiewirtschaft, der öffentlichen Verwaltung …

Das zweite Problem: Was hier am Gewinn oder am Umsatz des Betriebs gemessen wird, ist gar nicht die Leistung des Betriebs und der Mitarbeiter*innen, sondern ihr Erfolg. Und zwar ihr Markterfolg. Als «Leistung» zählt nur, was sich mit Gewinn verkauft. Kein Gewinn, keine Produktivität, so die Logik, da mag noch so hart gearbeitet worden sein. Die Produktivität hängt damit von einer Vielzahl von Faktoren ab, die mit der Arbeit der Menschen am Produkt selbst wenig zu tun haben: Weltkonjunktur, Wechselkurse, Rohstoffpreise und so weiter. Teurere Energie zum Beispiel erhöht die Kosten für den Betrieb, und wenn dann der Umsatz sinkt, haben die Beschäftigten auf einmal weniger «geleistet». Das ist nicht logisch.

Zwischenfazit: Leistungsgerechtigkeit ist eine Ideologie. Ihre Vertreter*innen schließen schlicht vom Einkommen eines Menschen auf seine Leistung nach dem Muster: Wer viel verdient, muss wohl viel geleistet haben. Beweis: Andernfalls hätte er ja nicht so viel verdient! Es handelt sich hier um einen Zirkelschluss, in dem die Leistung das Einkommen erklärt und das Einkommen die Leistung belegt. Und daraus lässt sich schließen: Die «Leistungsgesellschaft» huldigt gar nicht der Leistung, sondern dem Erfolg. Eben dem Markterfolg.

Die Leistung einer Person wiederum lässt sich nicht messen. Sie legitimiert daher weder Einkommenshöhen noch -unterschiede. Das Einkommen oder Vermögen entspricht nicht dem

Beitrag des Einzelnen zum gesamtgesellschaftlichen Produkt. Es ist bloß der Anteil, den er oder sie davon erhält. Das Bruttoinlandsprodukt ist nicht die Summe der Leistung Einzelner. Es ist ein Gemeinschaftswerk, alle erarbeiten es – nur bekommen nicht alle gleich viel davon ab.

5. Verantwortung & Risiko: Eine Variante des Leistungsarguments lautet, Unternehmer*innen oder Manager*innen verdienten viel, weil sie große Verantwortung trügen. Man wundert sich: Eine Krankenpflegerin trägt keine Verantwortung? Zudem lassen die Verantwortungsträger*innen keinen Zweifel daran, wem gegenüber sie letztlich Verantwortung tragen, wem sie also Rechenschaft schuldig sind: «‹Wir müssen uns ganz nüchtern die Zahlen legen›, sagte Deutsche-Telekom-Chef Timotheus Höttges, ‹wir sind ein Unternehmen und da geht es nicht darum, patriotische Entscheidungen zu treffen›. Vielmehr müsse man Investitionsentscheidungen gegenüber Aktionären rechtfertigen.»[42]

Wenig überzeugend ist auch das Argument, gerade Investor*innen verdienten hohe Einkommen, da sie ja ein großes Risiko eingingen und ihren Einsatz verlieren könnten. Dazu sei angemerkt: Erstens lebt jede*r abhängig Beschäftigte mit einem nicht unerheblichen Risiko, nämlich dass sein bzw. ihr Arbeitsplatz gestrichen wird. Zweitens gehen Investor*innen nicht ein Risiko ein und werden dafür dann belohnt – es ist umgekehrt: Sie investieren, um reicher zu werden, und das ist eben nicht risikolos. Ein besonderer Dank für Risikoübernahme gebührt ihnen nicht. Und drittens: Wenn Wohlhabende ihr Vermögen investieren, dann riskieren sie etwas, was andere gar nicht haben. Arme Menschen leben in diesem Sinne äußerst risikolos!

6. Eigentum: Die meisten der sehr reichen Menschen der Welt sind Eigentümer*innen von Unternehmen. Diese Unternehmen sind ihr Vermögen und verschaffen ihnen ein Einkommen in Form von Anteilen am Profit. Dieses Einkommen beziehen die Eigentümer*innen unabhängig davon, ob sie im Betrieb arbei-

42 Wirtschaftswoche, 11.8.2023.

ten oder nicht. Geldquelle der Reichen ist schlicht das Eigentum: Ihnen gehört der Gewinn, weil ihnen der Betrieb gehört. Das Gleiche gilt bei puren Finanzinvestitionen: Dem Kreditgeber gehört der Zins und der Aktionärin die Dividende – einfach weil es ihr Geld war, das sie investiert haben. Anders gesagt: Die Einkommensquelle der Reichen ist ihr Reichtum, nicht ihre Arbeit.[43] Ihr Einkommen beruht nicht auf ihrer Arbeit, sondern darauf, dass sie andere arbeiten lassen – sie profitieren von der Leistung der anderen. Wer Erbschaften, die vor allem an die Wohlhabenden gehen, als «leistungslose Einkommen» kritisiert, müsste eigentlich auch kritisieren, dass Eigentum Macht über gesellschaftliche Arbeit ist.

8

DEUTSCHLAND IST EIN HOCHSTEUERLAND

«Wir sind ein Hochsteuerland.» 23
Bundesfinanzminister Christian Lindner, FDP[44]

Wie wird argumentiert?

In Deutschland müssen die Menschen bereits sehr große Anteile ihres Einkommens an den Staat abgeben, insbesondere die gut Verdienenden werden sehr hoch belastet. Das führt dazu, dass die zehn Prozent der Topverdiener*innen mehr als die Hälfte der gesamten Lohn- und Einkommensteuer zahlen: «Bürger mit diesem Einkommen finanzieren den halben Staat», schreibt das *Handelsblatt*.[45] Von daher verbieten sich weitere Steuererhöhungen für Besserverdienende, wie sie Ende 2022 beispielsweise vom Sachverständigenrat für Wirtschaft vorgeschlagen wurden.

43 Eine Studie der US-Denkfabrik Brookings zeigt: Je reicher ein Haushalt ist, desto größer ist jener Anteil seines Einkommens, der aus Kapitalanlagen kommt. Das reichste 0,001 Prozent der US-Haushalte generiert sein Einkommen zu 88 Prozent aus Investitionen und Unternehmenseigentum. Gehalt und Rentenzahlungen machen nur sieben Prozent des Einkommens aus. Anders bei den ärmeren 80 Prozent der Haushalte – ihr Geld kommt zu 94 Prozent aus Lohn und Rente, also aus ihrer Arbeit. Vgl. William G. Gale und Semra Vignaux: The difference in how the wealthy make money – and pay taxes, www.brookings.edu, 7.9.2023. **44** Christian Lindner, zit. n. Handelsblatt, 18.9.2023. **45** Handelsblatt, 18.9.2023.

Was ist dran?

Tatsächlich sind die Einkommensteuersätze in Deutschland höher als in vielen anderen Ländern. Doch muss man diese Tatsache einordnen:

1. Der Staat – keine «Last»

Die Rede von der «Steuerbelastung» stellt den Staat und seine Institutionen als Last dar, die die Bürger*innen tragen müssen – woraus folgen soll, dass ein «kleiner» Staat besser wäre als ein «großer». Diese Argumentation ignoriert, dass den Steuern und Abgaben staatliche Leistungen gegenüberstehen. Die gezahlten Steuersummen verschwinden ja nicht in einem schwarzen Loch, sie finanzieren das Sozialsystem, die Infrastruktur, das Bildungs- und Rechtswesen und vieles mehr, was man als öffentlichen Reichtum bezeichnen kann. Mit diesen Ausgaben schafft die öffentliche Hand wiederum Einkommen bei den Bürger*innen – Aufträge und Unterstützung (Subventionen) für Unternehmen, Lohnzahlungen an öffentliche Bedienstete und Sozialleistungen an Arme. «Der Wohlfahrtsstaat ist das Vermögen der kleinen Leute.»[46]

Die staatlichen Leistungen sind übrigens auch die Voraussetzung dafür, dass die Reichen ihren Reichtum erwirtschaften bzw. erwirtschaften lassen können. Daher kommen die meisten Wohlhabenden der Welt aus Ländern mit relativ hohen Steuern und damit guten staatlichen Leistungen. Nicht die Öffentlichkeit schuldet den Reichen Dank für ihre Steuerzahlungen, eher sollten sich die Reichen darüber klar werden, dass es die öffentlichen Leistungen sind, die ihren Wohlstand ermöglichen.

2. Reiche zahlen mehr – zu Recht

Tatsächlich zahlt man in Deutschland (und den meisten anderen großen Industrienationen) umso mehr Steuern, je mehr man verdient. Das ist die sogenannte Progression bei der Einkommensteuer.[47] Im Steuerjahr 2023 gilt in Deutschland: Die ersten 11.000 Euro pro Jahr sind steuerfrei. Das Einkommen zwischen 11.000 und 16.000 Euro wird mit 14 Prozent versteuert. Auf das Einkommen zwischen 16.000 und rund 63.000 Euro werden 24 Prozent fällig. Von 63.000 bis etwa 278.000

46 Steuermythen: «Deutschland ist ein Hochsteuerland», https://steuermythen.de/mythen/mythos-5.
47 Stiftung Warentest: Steuerprogression – einfach erklärt, www.test.de, 7.2.2023.

muss der sogenannte Spitzensteuersatz von 42 Prozent gezahlt werden. Auf alles, was darüber liegt, wird der «Reichensteuersatz» fällig (45 Prozent). Zu beachten ist dabei erstens: Wer über 278.000 Euro verdient, muss nicht 45 Prozent Steuern auf sein gesamtes Einkommen zahlen, sondern nur auf den Betrag, der über 278.000 Euro liegt. Und zweitens: Auch für Spitzenverdiener*innen sind die ersten 11.000 Euro steuerfrei, und für sie gelten die gleichen Steuerstufen wie für Ärmere. Das bedeutet: Auch von Steuersenkungen für geringe Einkommen profitieren Wohlhabende.

Die Steuerprogression ist in allen großen Industrieländern üblich. Und sie ist gerecht. Denn wer mehr verdient, sollte auch mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Nicht nur, weil diese Person mehr Geld hat, sondern auch, weil ihr höheres Gehalt zeigt, dass sie vom Gemeinwesen stärker profitiert (siehe Mythos 7). Und zudem ist anzumerken, dass die höheren Steuersätze nichts Prinzipielles an der Einkommensverteilung ändern. Die Umverteilung per Steuern modifiziert nur die Ungleichheit der Einkommen, beseitigt sie aber nicht. Die Wohlhabenden bleiben wohlhabend und die Armen arm.

3. Niedrigsteuerland für Vermögende

In Deutschland, so heißt es, liegen die Steuersätze überdurchschnittlich hoch. Allerdings liegt es in der Logik des Durchschnitts, dass einige Länder darüber liegen und andere darunter. Wenn jene Länder mit relativ hohen Steuern ihre Steuersätze senken, dann sinken sie vielleicht auf oder unter den Durchschnitt. Aber dann liegen andere Länder wiederum darüber und müssen ihrerseits ihre Steuern senken – es kommt zum Steuersenkungswettlauf.[48]

Abgesehen davon muss der Befund «Hochsteuerland» relativiert werden. Ja, bei den Steuern auf Arbeitseinkommen liegt Deutschland relativ weit oben, wobei der Spitzensteuersatz in den vergangenen Jahrzehnten stark gesenkt worden ist – von 56 Prozent in den 1980er-Jahren auf 42 Prozent (bzw. 45 Prozent «Reichensteuer»). Ein Niedrigsteuerland wiederum ist

48 Auf diese Weise haben sich in der EU die Unternehmensteuersätze seit 1980 mehr als halbiert.

Deutschland bei den Steuern auf Vermögen, also auf Immobilienbesitz oder Kapitalerträge.[49] Die Vermögensteuer ist seit 1997 ausgesetzt. Auch Erbschaften – die vor allem den Wohlhabenden zugutekommen – werden nur gering besteuert – die Erbschaftsteuerreform 2016 hat es vielen Superreichen ermöglicht, Betriebsvermögen zu vererben, ohne darauf nennenswert Steuern zu entrichten. Dazu kommen zahllose Möglichkeiten gerade für Wohlhabende, ihr zu versteuerndes Einkommen kleinzurechnen, um ihre Steuerzahlungen zu mindern, was insbesondere Multimillionär*innen zugutekommt. Ergebnis: In Deutschland macht das Aufkommen an vermögensbezogenen Steuern gerade mal ein Prozent der Wirtschaftsleistung aus, in den USA sind es 3,5 Prozent und in Großbritannien sogar vier Prozent. Nach einer Berechnung des Netzwerks Steuergerechtigkeit zahlt ein deutscher «Muster-Millionär» auf sein Einkommen von 1,6 Millionen Euro nur 21 Prozent Steuern.

4. Von wegen «Die Wohlhabenden zahlen die Hälfte der Steuern»

Wenn gesagt wird, die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher*innen zahlten mehr als die Hälfte des gesamten Steueraufkommens, so muss das stark relativiert werden. Denn hier wird nur die Lohn- und Einkommensteuer betrachtet, die lediglich einen Teil der gesamten Steuereinnahmen ausmacht.[50] Ein anderer großer Teil entfällt auf sogenannte indirekte Steuern, zum Beispiel auf die Umsatz- oder Mehrwertsteuer, die bei Käufen fällig wird – und hier zahlen die Topverdiener*innen einen minimalen Anteil am Gesamtaufkommen. Das Gleiche gilt für die Sozialversicherungsbeiträge, die zur Steuer- und Abgabenlast hinzugerechnet werden müssen. Eine Berechnung des DIW von 2016 ergab: Berücksichtigt man auch indirekte Steuern und Sozialabgaben, entfällt auf die reichsten zehn Prozent nur noch ein Anteil von einem Drittel der Gesamteinnahmen aus Steuern und Abgaben.

Alles addiert, zeigt sich: Die (Arbeits-)Einkommen der Mittelschicht werden in Deutschland relativ hoch belastet, die höchsten Einkommen und Vermögen dagegen relativ gering.

49 Stefan Bach: Warum hohe Steuern der Wirtschaft nicht schaden müssen, Spiegel Online, 29.8.2016. **50** Bundeszentrale für politische Bildung: Steuereinnahmen nach Steuerarten, 13.4.2023.

5. Reiche sind nicht Mittelschicht

Häufig wird beklagt, in Deutschland müsse bereits die Mittelschicht den Spitzensteuersatz von 42 Prozent entrichten. Denn er wird bereits für ein Jahreseinkommen ab rund 63.000 Euro fällig. Bei dieser Klage wird erstens die Reichensteuer (ab 278.000 Euro) außen vor gelassen und auf diese Weise so getan, als säßen Reiche und Mittelschicht im selben Boot. Zweitens spricht die relativ ähnliche Belastung von hohen und sehr hohen Einkommen weniger für eine Senkung des Spitzen- oder Reichensteuersatzes, sondern eher für noch deutlich höhere Steuern auf extrem hohe Einkommen – eben eine Millionär*innensteuer.

9

HÖHERE STEUERN TREIBEN DIE LEISTUNGSTRÄGER INS AUSLAND

«Fiel den drei Damen und zwei Herren nichts Besseres ein, als die im internationalen Vergleich ohnehin rekordhohe Steuerlast von Leistungsträgern und Unternehmen in konfiskatorische Dimensionen zu schrauben und diese so ins Ausland zu treiben?»

Kommentar der *Wirtschaftswoche* vom 9.11.2022 zum Vorschlag des Sachverständigenrats, den Spitzensteuersatz befristet anzuheben

Wie wird argumentiert?

«Millionärssteuern», eine Vermögensabgabe oder die Wiedererhebung der ausgesetzten Vermögensteuer – all das ist letztlich kontraproduktiv. Denn zum einen sinkt für Leistungsträger*innen damit der Anreiz, eine hohe Leistung zu bringen, weil ihnen hinterher weniger Ertrag übrig bleibt. Auch verschlechtern höhere Vermögens- und Unternehmensteuern das Investitionsklima, das kostet Wachstum und Arbeitsplätze. Und schließlich droht eine Verschiebung der Vermögen ins Ausland, wo die Steuern niedriger sind. Im Endeffekt führen Reichen- oder Vermögensteuern damit nicht zu steigenden Steuereinnahmen, sondern schlimmstenfalls zu sinkenden.

Was ist dran?

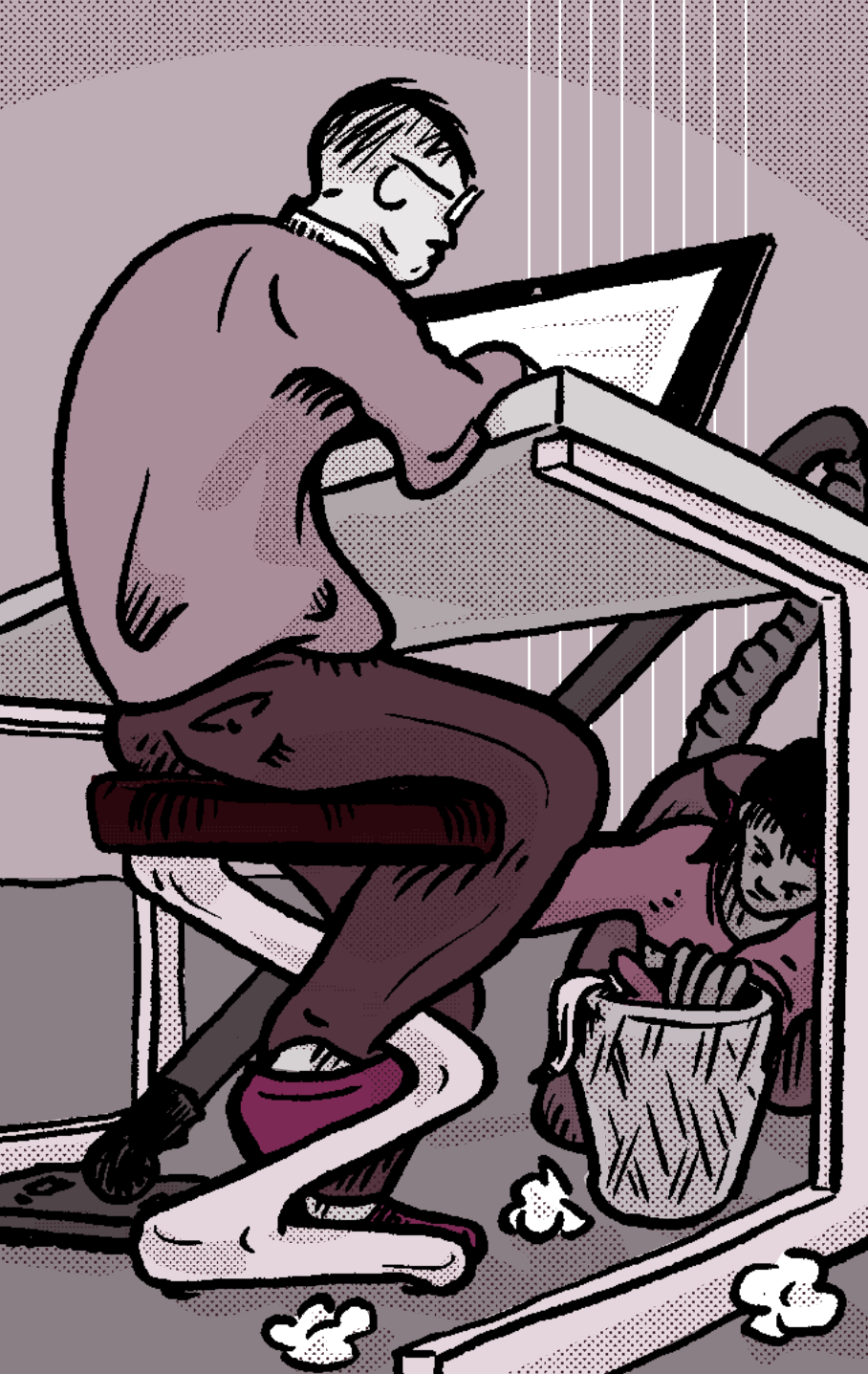
Hier finden sich einige der bereits behandelten Irrtümer. So zum Beispiel die Annahme, die Wohlhabenden seien die «Leistungsträger» der Gesellschaft (siehe Mythos 7), wie auch die pauschale Behauptung, Steuererhöhungen schadeten der Wirtschaft (siehe Mythos 6), der «wohl berühmteste Steuermythos», so Steuerexperte Stefan Bach vom DIW.[51] Wie unter Mythos 8 dargestellt, sind es in Deutschland zudem eher jene mit geringen und mittleren Einkommen, die relativ hohe Steuern und Abgaben zahlen müssen – die Logik der «Leistungsfeindlichkeit» würde also gebieten, diese Einkommensgruppen zu entlasten.[52]

Die prinzipielle Aussage, Menschen würden sich weniger anstrengen, wenn der Staat einen größeren Anteil ihrer Einnahmen an sich zieht, ist nicht zu widerlegen – denkbar ist es. Gleichzeitig ist schwer vorstellbar, dass eine Person eine Beförderung ablehnt, weil sie dadurch in eine höhere Steuerklasse rutscht – schließlich nimmt der Staat dieser Person ihr zusätzliches Gehalt nicht komplett weg, sondern nur einen Teil davon.

Gewichtiger ist der Einwand, Vermögende könnten ihr Geld ins Ausland tragen, wo die Steuersätze niedriger sind. Erhoben wird dieser Einwand vor allem gegen Pläne, die in Deutschland seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer wieder einzuführen, eine Vermögensabgabe zu erheben oder die Unternehmensteuern zu erhöhen.

Tatsächlich besteht ein Anreiz zur Kapitalflucht, schließlich zählt für Investor*innen nur die Nachsteuerrendite. Doch bleibt die Frage, wie stark dieser Anreiz ist. Denn die Steuersätze eines Landes sind für Investor*innen nur einer unter vielen Gesichtspunkten bei der Frage, wo sie ihr Geld anlegen. Deutlich wichtiger sind Faktoren wie Rechtssicherheit, Qualifikation der Beschäftigten, sozialer Friede, Gesundheit, Forschung, Bürokratie, Infrastruktur und vieles andere mehr. Neben diesen staatlichen

51 Stefan Bach: Warum hohe Steuern der Wirtschaft nicht schaden müssen, Spiegel Online, 29.8.2016.
52 «Das grundsätzliche Problem bleibt laut EU-Kommission bestehen: Gering- und Durchschnittsverdiener werden in Deutschland zu stark belastet. Das deutsche Steuersystem wirke leistungsfeindlich, da es sich für Geringverdiener oft gar nicht lohne, mehr zu arbeiten, weil netto wegen höherer Steuern kaum mehr übrig bleibe.» Handelsblatt, 25.5.2022.



Leistungen spielt es zudem eine große Rolle, ob sich in einem Land ein Netz von Zulieferern befindet – Industrien entstehen und existieren zumeist in Form von Clustern, also industriellen Kernen und Netzwerken. Hinzu kommt für Unternehmen die Nähe zu ihren Absatzmärkten und neuerdings auch verstärkt die geopolitische Situation, in der Investitionen in fernen Ländern aufgrund fragiler Lieferketten riskant geworden sind. Und schließlich ist zu bedenken: Einen Produktionsstandort zu schließen und andernorts wiederzueröffnen ist teuer. So schnell flieht Kapital also nicht.

Natürlich ist es möglich, dass Unternehmen in Deutschland produzieren und ihre Produkte verkaufen und anschließend ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer und Steueroasen verschieben. Laut einer Untersuchung des EU Tax Observatory kostet dieses «profit shifting» Deutschland einen Betrag, der einem Viertel der gesamten Unternehmensteuern entspricht.[53] Da die Unternehmen vor allem den Reichsten gehören, trägt das Gewinne-Verschieben zur Ungleichheit bei. Allerdings sind «diese Steuervermeidungsmöglichkeiten nicht naturgegeben oder gottgewollt, sondern Folge politischer Entscheidungen wie Deregulierung oder Internationalisierung», so der Steuerexperte Stefan Bach vom DIW. «Sie können langfristig zurückgeführt werden, politischer Wille und steuertechnische Möglichkeiten vorausgesetzt.»[54] Erste Schritte wurden hier 2021 mit der Einigung auf eine globale Mindeststeuer für Unternehmen unternommen. Das zeigt: Die Politik ist handlungsfähig.

53 EU Tax Observatory: Global Tax Evasion Report 2024. **54** Stefan Bach: Warum hohe Steuern der Wirtschaft nicht schaden müssen, Spiegel Online, 29.8.2016.

10

IN UNSERER GESELLSCHAFT KANN JEDER DEN SOZIALEN AUFSTIEG SCHAFFEN

«Es ist eines der großen Versprechen der Bundesrepublik: Wer will, soll unabhängig von seiner Herkunft eine faire Chance bekommen, aufzusteigen.»
Magazin *Cicero*[55]

Wie wird argumentiert?

Anders als in früheren Gesellschaften – beispielsweise im Feudalismus – ist in der Marktwirtschaft niemand auf seine Klassenposition festgelegt. Sozialer Aufstieg ist möglich, jeder kann vom «Tellerwäscher» zum «Millionär» werden. Nötig dazu sind der feste Wille, Fleiß, Disziplin und Leistungsbereitschaft. Wenn die Startbedingungen unterschiedlich sind, muss der Staat einspringen und für Chancengerechtigkeit sorgen, damit jeder Mensch sein individuelles Potenzial entfalten kann. «In einer liberalen Gesellschaft sollte jeder alles erreichen können – wenn er nur will», so ein Beschluss der Jungen Liberalen in Niedersachsen.[56]

Was ist dran?

1. Der Trick mit der Chance

«Jeder kann es schaffen», diese Aussage ist ebenso richtig wie falsch. Richtig ist sie, weil jedes Individuum in Deutschland eine theoretische Chance zum Aufstieg hat – ausgeschlossen ist der Aufstieg nicht. Falsch ist die Aussage, weil sicher ist, dass nicht jede*r es schaffen wird. Für jede Einzelperson gibt es eine Chance, für die Gesamtheit der Einzelnen nicht. Wir können nicht alle Konzernvorstand oder Chirurgin werden. Einige müssen auch an der Supermarktkasse sitzen oder die Büros reinigen. Die Hierarchie der Berufe steht schon fest, bevor jemand in den Arbeitsmarkt einsteigt. Der Arbeitsmarkt verteilt nur noch die Individuen auf die verschiedenen Posten.

55 Sozialer Aufstieg: Der harte Weg nach oben, www.cicero.de, o. J. **56** Junge Liberale Niedersachsen: Sozialer Aufstieg – Für eine Gesellschaft, in der jeder alles werden kann, https://julis-nds.de, 11.11.2018.

In der Konkurrenz der Individuen um die verschiedenen Einkommensquellen sind die Chancen in Deutschland sehr ungleich verteilt. Über die Klassenposition entscheidet noch immer stark die Position der Eltern. «Die Herkunft aus einer bestimmten sozialen Klassenlage hat trotz der Betonung von Chancengleichheit im Bildungswesen und der Hervorhebung des Leistungsgedankens in der Berufswelt nach wie vor einen starken Einfluss auf die spätere Klassenposition von Männern und Frauen in Deutschland», resümiert die Bundeszentrale für politische Bildung.[57] Oder kurz: Reichtum wird vererbt, Armut auch.

Dem wird das Ideal der Chancengleichheit entgegengehalten. Allerdings verspricht es nur, dass alle die gleichen Chancen im Rennen um die guten Posten haben. Einige werden dieses Rennen gewinnen, andere werden verlieren. «Chancengerechtigkeit ist nicht gleich Ergebnisgleichheit», betonen auch die Jungen Liberalen.[58] Oder anders: Chancengleichheit bedeutet soziale Ungleichheit.

«Jeder hat die Chance, vom Tellerwäscher zum Millionär aufzusteigen» – mit dieser Aussage wird so getan, als seien Chancen eine Art Besitz – etwas, das bereitliegt und nur noch «ergriffen» oder «genutzt» werden muss. Auf diese Weise wird den Individuen die Verantwortung für ihre soziale Position zugeschrieben und dadurch Ungleichheit legitimiert: Wer «es» nicht schafft, ist selbst schuld, er hatte ja die Chance, aber es hat wohl an Fleiß gefehlt, an Intelligenz, Mut oder anderem. Das Individuum wird verantwortlich gemacht, ohne dass es die Kontrolle über sein Leben in der Gesellschaft besitzen würde.

Ein Wort noch zum Argument «Bildung»: Häufig wird gefordert, die Politik müsse den Menschen mehr Möglichkeiten zu Bildung und Qualifikation bieten. Denn dadurch vergrößere sich die Chance zum sozialen Aufstieg. Unbestreitbar ist, dass besser Gebildete höhere Einkommen erzielen. Doch daraus kann man nicht schließen, dass alle gut verdienen würden, wenn nur alle gebildet wären. Denn – wie gesagt – die gesellschaftliche

57 Bundeszentrale für politische Bildung: Datenreport 2021. **58** Junge Liberale Niedersachsen: Sozialer Aufstieg – Für eine Gesellschaft, in der jeder alles werden kann, https://julis-nds.de, 11.11.2018.

Berufs- und damit Lohnhierarchie besteht bereits: Es gibt hoch bezahlte Ärztinnen und niedrig bezahlte Friseure. Höhere Bildung schafft keine guten Jobs, sie erhöht für die Einzelnen nur die Chance, einen von ihnen zu ergattern. Wer für mehr Gleichheit sorgen will, der muss an den Markteinkommen ansetzen und bessere Jobs schaffen. Oder anders: «Bildung für alle» ist eine gute Sache, sie darf aber die Forderung «Wohlstand für alle» nicht ersetzen.

2. Aufstieg für alle statt Karriere für Einzelne

«Von der Tellerwäscherin zur Millionärin» – dass dies nahezu ausgeschlossen ist, wissen alle. Gerade deswegen sind diese Geschichten ja so beliebt – weil sie Ausnahmen sind, kleine Wunder. In der Realität sind es meist Millionär*innen, die Millionär*innen bleiben (und vielleicht zu Milliardär*innen aufsteigen) – und es sind in der Regel Männer.

Für die Politik kann es nicht lediglich darum gehen, Einzelnen Karrierechancen zu eröffnen. Denn wer aufsteigt, schafft das Tal nicht ab, sondern lässt nur die anderen hinter sich. Aufgabe der Politik ist es daher, die Täler «aufzufüllen» und dadurch den Aufstieg für alle zu ermöglichen. Wie das gelingt, haben die Nachkriegsjahre gezeigt. Damals war die soziale Mobilität sehr hoch, und diese Mobilität kannte zumeist nur eine Richtung: nach oben. Die breite Masse verbesserte ihre Position. Dies lag allerdings nicht an einer «fairen» oder gleichen Verteilung von Chancen, sondern an deren Vervielfachung durch ökonomischen Aufschwung, Vollbeschäftigung, starke Gewerkschaften, bindende Tarifverträge, Ausbau des Sozialstaats und des Bildungssystems. Dies schaffte nicht nur mehr Chancen für alle, sondern vor allem mehr Sicherheiten. Schließlich lebt der Mensch nicht von der Möglichkeit, sondern von den Ergebnissen.

SCHLUSS

Häufig wird der Anschein erweckt, der globale Reichtum sei ein flüchtiges Wesen, empfindlich, schützenswert und gleichzeitig kaum zu greifen. Dabei sind die Vermögen sehr real, sie bestehen aus Aktienportfolios, Immobilien oder Unternehmensanteilen. Wer, ob und wie Zugriff auf sie bekommt, ist eine politische Entscheidung, oftmals eine zwischen Staaten. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, was möglich ist, wenn die Politik nur will. 2017 hat ein automatischer globaler Austausch von Bankdaten die Hinterziehung von Steuern mithilfe von Steueroasen erschwert, die versteckten Summen sind drastisch gesunken. 2021 haben 140 Staaten sich grundsätzlich auf die Einführung einer globalen Mindeststeuer für Unternehmen geeinigt. Dass diese Mindeststeuer bereits wieder aufgeweicht wird, ist bedauerlich, zeigt jedoch abermals, dass es die Politik ist, die die Entscheidungen trifft.

Internationale Kooperation würde sich lohnen. Laut EU Tax Observatory könnte eine strengere globale Mindeststeuer für Unternehmen etwa 250 Milliarden US-Dollar pro Jahr einspielen. Den gleichen Betrag brächte nochmal die Einführung einer zweiprozentigen Vermögensteuer für Milliardär*innen – die weltweit nur 3.000 Personen zu entrichten hätten. Derartige Initiativen wären nicht nur wünschenswert, sie sind notwendig. Das World Inequality Lab unter der Führung des renommierten Ökonomen Thomas Piketty macht den Ernst der Lage deutlich: «[D]ie Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts [ist] ohne eine erhebliche Umverteilung der Einkommen und Vermögen nicht möglich. Der Aufstieg der modernen Wohlfahrtsstaaten im 20. Jahrhundert, der mit enormen Fortschritten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Chancen für alle verbunden war, ging mit dem Anstieg steiler progressiver Steuersätze einher […]. Eine ähnliche Entwicklung wird erforderlich sein, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen.»[59]

Es gilt also zum einen, Druck auf die Politik auszuüben, damit sie über die Steuerschraube die Verteilung des Reichtums verändert. Umverteilung von oben nach unten kann aber auch über andere Wege erreicht werden, beispielsweise über die Stärkung der Tarifbindung, höhere Lohnquoten oder über Änderungen bei der Finanzierung der Sozial-

59 World Inequality Report 2022, https://wir2022.wid.world.

kassen. In einem weiteren Schritt ginge es nicht mehr bloß um die Umverteilung von Geldsummen, sondern um die Eigentumsfrage selbst: Über Genossenschaften, die Rekommunalisierung von Betrieben oder auch über Vergesellschaftung ergäben sich weiter gehende Möglichkeiten, öffentlichen Reichtum zu schaffen, und das bedeutet: Reichtum, dessen Zweck nicht in seiner eigenen Vermehrung liegt, sondern in der Versorgung der Menschen.

Und damit stellt sich schließlich grundsätzlich die Frage nach der Verfasstheit des Wirtschaftssystems. Bislang basiert der gesellschaftliche Wohlstand im Kern auf Investitionen, also auf der Erzielung von Kapitalrenditen und dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Solange dies so ist, bleibt jede Form der Umverteilung ebenso wie das Wohlergehen der Menschen letztlich eine abhängige Variable des Erfolgs privater Investitionen, also der Kapitalrendite. Das aber gilt es zu verändern.

Impressum
luxemburg argumente Nr. 21
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: Dezember 2023
Autor: Stephan Kaufmann
Illustrationen: Navid Thürauf
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN

Nelli Tügel und Jan Ole Arps
«ENTEIGNUNG SCHAFFT KEINE EINZIGE WOHNUNG»
Mythen und Fakten zur Vergesellschaftung von Wohnraum
luxemburg argumente Nr. 20
Juli 2022
60 Seiten
ISSN 2193-5831

Download unter:
www.rosalux.de/publikation/id/46758

Stephan Kaufmann und Eva Roth
GERECHTE ARMUT?
Mythen und Fakten zur Ungleichheit in Deutschland
luxemburg argumente Nr. 11
2., aktualisierte Auflage März 2019
48 Seiten
ISSN 2193-5831

Download unter:
www.rosalux.de/publikation/id/9150

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG